

Valentin Zsifkovits

Die Friedensdiskussion in Österreich

In den fünfziger Jahren kursierte in der Sowjetunion ein Flüsterwitz: „Ein Jude kommt zu seinem Rabbiner und fragt: ‚Herr Rabbiner, Sie sind ein weiser Mann. Sagen Sie mir, wird es Krieg geben?‘ Worauf der Rabbiner antwortet: ‚Nein, einen Krieg wird es nicht geben, aber einen solchen Kampf für den Frieden, daß kein Stein auf dem andern bleiben wird.‘“¹

Dieser Flüsterwitz, aber nicht nur er, sondern so manche emotions- und aggressionsgeladene Friedensveranstaltung machen auf die Notwendigkeit aufmerksam, abzuklären, was im folgenden unter Friedensdiskussion verstanden werden soll. In Anschluß an die Wortbedeutung von Diskussion soll unter Friedensdiskussion in Österreich zunächst allgemein all das verstanden werden, was zum Thema Frieden in diesem Land erörtert wurde. Dies ist sicherlich viel mehr, als in einem so kurzen Beitrag entsprechende Berücksichtigung finden kann. Denn der Friede als ein Uranliegen des Menschen und der Menschheit beschäftigt mit seinen Folgeproblemen nicht nur die verschiedenen Wissenschaftszweige, sondern die diversen Institutionen, Gruppen und Bewegungen, von den Kirchen über die Friedensbewegung bis zur informellen Gruppe in irgendeinem Warteraum oder an einer Straßenecke, wo das Thema Frieden aus den verschiedensten Anlässen und Blickwinkeln erörtert wird. Solches ist in seiner Gesamtheit kaum faßbar und noch weniger in einem kurzen Überblick darstellbar. So soll im folgenden aus der Friedensdiskussion in Österreich das dargestellt werden, was vornehmlich in den letzten Jahren zu diesem Themenkreis erörtert wurde.

Die besondere Situation Österreichs

Für den Inhalt und Verlauf der Friedensdiskussion in Österreich ist es nicht ohne Bedeutung, daß Österreich ein neutraler Kleinstaat ist, der keinerlei aggressive Staatsideologie vertritt, dessen Bundesheer eindeutig defensiven Charakter besitzt und von niemandem ernst zu Nehmenden als Bedrohung der eigenen Sicherheit aufgefaßt werden kann, ein neutraler Kleinstaat, dessen Rüstung durch das Verbot von Spezialwaffen (insbesondere Atom- und Raketenwaffen) in Art. 13 des Staatsvertrags aus dem Jahr 1955 von vornherein beschränkt ist und der keine Entscheidungen über die Stationierung von Atomwaffen zu treffen hat. Die etwa von der westdeutschen Friedensbewegung hauptsächlich vertretenen Forderungen

nach Atomwaffenfreiheit, defensiver Verteidigung und Neutralität sind in Österreich erfüllt². Dazu kommt noch Österreichs aktive Friedenspolitik zum Beispiel durch seine zahlreichen freundschaftlichen Beziehungen zu anderen Staaten, als Sitz internationaler Organisationen und als Treffpunkt für Konfliktparteien sowie durch sein Engagement für die Verwirklichung der Menschenrechte.

Vor allem durch die hier zuerst aufgezählten Fakten fehlt der Friedensdiskussion in Österreich jene Schärfe, die sie sonstwo besitzt. Damit ist keineswegs gesagt, daß sich Österreich im Hinblick auf Frieden und Sicherheit als eine Insel der Seligen fühlt. Daß die Welt infolge der Bedrohung durch die „Modernität“ nuklearer und konventioneller Waffen immer mehr eine Schicksalsgemeinschaft geworden ist, daß Österreich an der Trennlinie zwischen Ost und West eine besonders exponierte Stellung besitzt, daß Österreichs Neutralität im Ernstfall keine Garantie für Unverletzlichkeit bedeutet, ist auch den Österreichern hinlänglich bekannt und bewußt. Von dieser internationalen Bedrohung her erhält die Friedensdiskussion in Österreich jene internationale Brisanz, die sich zum Beispiel in der österreichischen Friedensbewegung als Nachrüstungsgegnerschaft äußert.

Friedensforschung in Österreich

In Österreich beschäftigen sich selbstverständlich wie auch sonstwo verschiedene wissenschaftliche Disziplinen, etwa die Disziplin der Internationalen Beziehungen, das Völkerrecht, die Politikwissenschaft, die Psychologie, die Ethik und die Moralthologie, mit dem Frieden. Im folgenden sollen nur jene wichtigsten Ansätze kurz vorgestellt werden, die im Sinn der modernen Friedensforschung institutionell tätig geworden bzw. tätig sind, einer Friedensforschung, die als zielgerichtete oder angewandte Wissenschaft versucht, die Bedingungen herauszufinden, die den Krieg verhindern und den Frieden ermöglichen³.

In diesem Sinn muß zunächst das 1967 an der katholisch-theologischen Fakultät der Universität Wien errichtete Institut für Friedensforschung genannt werden, das 1976 ein Institut des Senats der Universität Wien wurde und 1981 als Universitätsinstitut aufgelöst wurde. Das Bundesministerium für Unterricht errichtete dieses Institut 1967 unter der mündlich mitgeteilten Bedingung, daß in den ersten Jahren daraus dem Staat keine Kosten erwachsen dürfen⁴. Auch in den folgenden Jahren flossen die finanziellen und personellen Zuwendungen nur sehr spärlich. Dennoch konnte durch das Engagement der drei Vorstände des Instituts, die von ihren Stamminstituten die Anliegen mitbetreuen ließen, und der Assistenten eine verhältnismäßig reiche Tätigkeit an Lehre, Forschung und anderen wissenschaftlichen Veranstaltungen entfaltet werden. An engagierten Namen sind vor allem R. Weiler, K. Hörmann, H. Schneider und V. Zsifkovits zu nennen. Im Zusammenhang mit diesem Institut und seinen Tätigkeiten wurde 1973 der Verein

„Universitätszentrum für Friedensforschung“ gegründet, der die „Wiener Blätter zur Friedensforschung“ als viermal jährlich erscheinendes Bulletin herausgibt. Dieser Verein und das genannte Bulletin existieren bis heute. Ein Schwerpunkt des Instituts und des Zentrums war und ist der Dialog für den Frieden zwischen Christen und Marxisten, wobei seit der Auflassung des Instituts für Friedensforschung das Institut für Ethik und Sozialwissenschaften an der Universität Wien mit seinem Vorstand R. Weiler diese Anliegen entsprechend wahrnimmt. Als Mitveranstalter solcher Dialoggespräche ist das 1968 gegründete, in Wien angesiedelte „Internationale Institut für den Frieden“ zu nennen, das die Zeitschrift „Wissenschaft und Frieden“ herausgibt. Dieses Institut steht unter sowjetischer Direktion und soll als Plattform zwischen osteuropäischen, vor allem sowjetischen Wissenschaftlern und führenden westlichen Friedensforschern fungieren. Diesem Ziel dienen und dienen neben den erwähnten Dialog-Gesprächen eine Reihe anderer wissenschaftlicher Konferenzen und Symposien.

1983 wurde das Österreichische Institut für Friedensforschung auf Burg Schlaining im südlichen Burgenland als gemeinnütziger Verein gegründet. Schwerpunkte in der Zielsetzung dieses Instituts sind praxisorientierte Forschungsprojekte (zum Beispiel über Österreichs Neutralität und Friedenspolitik), der Aufbau einer Sommerfriedensakademie, die Entwicklung von Lehrgängen für die schulische Bildungsarbeit und die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zur Verbreitung des Friedensgedankens und die Förderung des wissenschaftlichen Dialogs im Bereich der Friedensforschung und Friedenspolitik⁵. Von den Sommerakademien haben bisher zwei stattgefunden, und zwar 1984 und 1985. Als Publikationsorgan erscheint „dialog. Beiträge zur Friedensforschung“.

Im Zusammenhang mit der Friedensforschung ist noch der österreichische Zweig der Pugwash-Bewegung zu erwähnen, der hauptsächlich aus Naturwissenschaftlern besteht, die sich mit den Gefahren der Kernwaffenrüstung beschäftigen und ihre Abschaffung fordern. Zu diesem Zweck werden verschiedene Diskusstagungen veranstaltet. Zahlreiche Mitglieder dieser Bewegung sind in der Aktionsgemeinschaft „Österreichische Wissenschaftler und Ärzte für den Frieden“ tätig, einer Gemeinschaft, die zum Beispiel am 19. und 20. Oktober 1984 eine interdisziplinäre Konferenz insbesondere über die „Folgen eines Atomkrieges und die Verschärfung des Wettrüstens“ veranstaltete. Neben den hier angeführten Institutionen und oben genannten Wissenschaftszweigen beschäftigen sich in Österreich noch andere Einrichtungen wissenschaftlich mit dem Problemkreis von Krieg und Frieden, die nicht primär mit Friedensforschung assoziiert werden, so das österreichische Bundesheer mit der Landesverteidigungsakademie.

Betrachtet man die eben angeführten Institutionen der Friedensforschung in Österreich, so sieht man, daß diese über mehr oder weniger bescheidene Ansätze noch nicht hinausgewachsen ist. Diese Tatsache und die damit verbundene mangelnde finanzielle Unterstützung von öffentlicher und privater Hand haben

vielerlei Gründe. Einige seien eigens genannt: die Skepsis der traditionellen und etablierten Wissenschaften dieser neuen Wissenschaft gegenüber; eine gewisse fatalistische Haltung der Friedensbedrohung gegenüber, eine gewisse Verdrängung dieser Bedrohung und damit verbunden ein Zweifel an der Möglichkeit der Wissenschaft, Krieg zu verhindern und Frieden zu sichern und zu fördern; und schließlich der Verdacht der ideologischen und politischen Einseitigkeit der Friedensforschung, was damit zusammenhängt, daß der Friede als wertintensiver Begriff allzuleicht mit verschiedenem, oft gegenteiligem Inhalt gefüllt und dazu gebraucht bzw. mißbraucht werden kann, um eigene Interessen zu verfolgen, die nicht immer mit den berechtigten Interessen aller anderen vereinbar sein müssen, sondern solchen Interessen diametral entgegengesetzt sein können. Solcher Verdacht wird dann auch dadurch genährt, daß die Friedensforschung in ihrem berechtigten Streben nach Praxisbezogenheit nicht immer jene Distanz zur Friedensbewegung wahrt, die besonders bei einer etwaigen Einseitigkeit und emotionalen Aufladenheit einer solchen Bewegung geboten zu sein scheint.

Die Friedensdiskussion in der Friedensbewegung in Österreich

Die oben gemachte Aussage, daß der Friedensdiskussion in Österreich infolge der Neutralität eines relativ wenig gerüsteten Kleinstaats die sonstwo mitunter anzutreffende besondere Schärfe fehlt, trifft auch auf die österreichische Friedensbewegung zu. Versteht man unter Friedensbewegung eine „gesellschaftspolitische Bewegung gegen den Krieg, gegen die Rüstung und gegen andere Maßnahmen zugunsten eines Krieges zum Zwecke der Abschaffung des Krieges und der Überwindung seiner Ursachen durch Aufbau einer internationalen Gemeinwohl-Ordnung einschließlich von Mechanismen gewaltfreier Konfliktlösung“⁶, dann begreift man, daß Rüstung und Bedrohung durch Rüstung die Hauptangriffs- und -anknüpfungspunkte der Friedensbewegung sind und daß daher bei einem relativ wenig gerüsteten neutralen, niemanden bedrohenden Kleinstaat die konkreten Anknüpfungspunkte für eine Friedensbewegung etwas anders gelagert sind, womit natürlich nicht gesagt ist, daß es in und für Österreich nicht auch genügend Anknüpfungspunkte und Mobilisierungsfaktoren für eine Friedensbewegung und die damit verbundene Friedensdiskussion gibt. Die Uhren der Friedensbewegung ticken auch in Österreich, nur gehen sie hier etwas anders.

1. Gegen Waffenexporte und Waffenproduktion

Die Diskussion der „neuen Friedensbewegung“ der achtziger Jahre in Österreich entfachte sich zunächst an der Frage der österreichischen Waffenexporte an Staaten, deren Regierungen im Ruf der Mißachtung von Menschenrechten standen. Der Protest im Jahr 1980 richtete sich gegen einen geplanten Export von

„Kürassier“-Panzern an Chile, wo eine Militärdiktatur mit General Pinochet an der Regierung war. Die Proteste mit einer Demonstration von ca. 1000 Teilnehmern führten schließlich zum Unterbleiben des Exports und zu einer restriktiveren Bewilligungspolitik der Regierung. Die österreichischen Waffenexporte mit der damit verbundenen Frage der Reduzierung und Konversion der Rüstungsproduktion bleiben ein Dauerbrenner der österreichischen Friedensbewegung, aber nicht nur dieser. So läuft derzeit, also im Sommer 1985, eine Diskussion um einen geplanten Panzerexport der Steyr-Werke nach Marokko.

Die beiden genannten Beispiele sind dabei typisch für die zwei Hauptprobleme, die bei solchen Exporten auftreten: Einmal, daß etwa in lateinamerikanischen Diktaturen österreichische Panzer gegen streikende Arbeiter und Menschenrechtskämpfer eingesetzt würden, sowie die Tatsache, daß es mit der österreichischen Neutralität unvereinbar ist, Panzer oder andere Waffen in ein Krisengebiet zu liefern, wobei es bei der Labilität der politischen Situation in verschiedenen Teilen der Welt fließende Übergänge von der potentiellen zur aktuellen Krisensituation gibt, was die in Frage stehende Entscheidung natürlich erschwert. Auf der anderen Seite des Interessenspektrums stehen bei solchen Fragen die in der Waffenproduktion Beschäftigten, die ihre Arbeitsplätze gesichert haben wollen. Schon aus diesen Gründen steht die Mehrheit des österreichischen Gewerkschaftsbunds der Friedensbewegung skeptisch gegenüber. Um diesen wirklichen oder scheinbaren Interessengegensatz zwischen den Forderungen der Waffenproduktion- und Waffenexportgegner und den Interessen der Arbeitnehmer in der Waffenproduktion aufzuarbeiten, werden diesbezügliche Fragen immer wieder diskutiert, so bei einer von der Österreichischen Kommission „Justitia et Pax“ am 17./18. November 1984 in Wiener Neustadt veranstalteten Tagung mit dem Thema „Umrüstung – Illusion oder Chance?“, einer Veranstaltung, die von Mitgliedern der Friedensbewegung stark frequentiert wurde.

Unter den Gegnern der österreichischen Waffenproduktion und Waffenexporte ist eine Differenzierung vorzunehmen, hauptsächlich zwischen solchen, die im Sinn eines mehr oder minder starken absoluten Pazifismus gegen jegliche militärische Gewaltanwendung und Gewaltandrohung, gegen das Bundesheer und noch mehr gegen Waffengeschäfte sind, und solchen, die im Sinn eines relativen Pazifismus militärische Gewaltandrohung und Gewaltanwendung im Interesse der Verteidigung zwecks Gewalt- und Übelminimierung prinzipiell für gerechtfertigt halten, das österreichische Bundesheer als eine wichtige Säule der Landesverteidigung bejahen, sich selbstverständlich gegen Waffenexporte in Diktaturen und Krisengebiete wenden und mitunter für eine weitergehende Waffenproduktions-einschränkung eintreten.

Im Fall eines gänzlichen Verzichts auf den Export und einer Beschränkung der Produktion auf den Eigenbedarf würden sich die Kosten natürlich verteuern, im Fall einer gänzlichen Einstellung der Waffenproduktion würde man durch die

größere Importnotwendigkeit noch mehr vom Ausland abhängig, abgesehen von den diversen Arbeitsplatzumstellungskosten. Es stellt sich dabei die Frage, wieviel eine damit etwaig verbundene Signalwirkung gegen die Rüstung den Österreichern wert wäre und ob sie solchen Preis zu zahlen bereit wären.

Was die oben differenzierten beiden Gruppen der prinzipiellen Bundesheergegner und Bundesheerbefürworter in der österreichischen Friedensbewegung anlangt, so ist festzuhalten, daß die zweite Gruppe in der österreichischen Friedensbewegung eindeutig das Übergewicht bildet. Noch mehr gilt dies für die österreichische Bevölkerung, für die im Parlament vertretenen politischen Parteien, für die Großkirchen und für andere Großinstitutionen. Bei einer repräsentativen Umfrage unter der österreichischen Bevölkerung sprachen sich 86 Prozent für die militärische Landesverteidigung aus⁷. Die im Parlament vertretenen politischen Parteien sprechen sich einstimmig für die militärische Landesverteidigung aus, was sich auch im Art. 9a der österreichischen Bundesverfassung ausdrückt, wo die militärische Landesverteidigung als eine wichtige Säule der umfassenden Landesverteidigung verankert ist. Die christlichen Großkirchen mit der katholischen Kirche an der Spitze sprechen im Einklang mit den kirchlichen Friedensdokumenten ein prinzipielles Ja zur militärischen Landesverteidigung, was sich auch in der Einrichtung der Militärseelsorge zeigt.

So ist es kein Wunder, daß ein im Jahr 1969 gestartetes Volksbegehren zur Abschaffung des Bundesheeres keinen Erfolg brachte und auch weiterhin alle Versuche, das Bundesheer durch eine Art Gendarmerie als Grenzschutz und durch soziale Verteidigung zu *ersetzen*, kaum Aussicht auf Erfolg haben. Anders gelagert sind natürlich Versuche, im Rahmen der umfassenden Landesverteidigung die militärische Landesverteidigung durch den Ausbau und Aufbau einer sozialen Verteidigung zu *ergänzen* und so den Eintritts- und Aufenthaltspreis für einen potentiellen Aggressor zu erhöhen. Ein Versuch zur Abschaffung des österreichischen Bundesheeres hat übrigens auch deshalb kaum Aussicht auf Erfolg, weil Österreich im Moskauer Memorandum zum Staatsvertrag und im Neutralitätsgesetz aus dem Jahr 1955, welches den Unterzeichnern und Garantiemächten des österreichischen Staatsvertrags von 1955 mitgeteilt wurde, die völkerrechtliche Verpflichtung übernommen hat, seine Neutralität nach Art der Schweiz und mit allen zu Gebot stehenden Mitteln zu verteidigen, wobei das Raketenverbot des Art. 13 des österreichischen Staatsvertrags für die einen eine zu begrüßende Schranke gegen eine kostspielige Rüstungsspirale darstellt, für die anderen aber eine durch die Entwicklung der Waffentechnik überholte Bestimmung, die eine wirksame Verteidigung verunmöglicht und daher zu revidieren wäre.

2. Gegen atomares Wettrüsten und europäische Mittelstreckenraketen

War die Frage der Waffenexporte gleichsam eine Initialzündung für die österreichische Friedensbewegung der achtziger Jahre, so lieferte die Frage der NATO-

Nachrüstung mit dem Nachrüstungsbeschluß von 1979 und der SS-20-Raketen weiteren „Nährstoff“ für diese Bewegung. Am 15./16. November 1980 war in der Bundesrepublik Deutschland der sogenannte „Krefelder Appell“ verabschiedet worden, der sich konkret gegen die Nachrüstungsbestrebungen der NATO richtete. 1981 fanden in diversen Städten Europas Massen-Friedensdemonstrationen statt. Die atomare Bedrohung, der „Wahnsinn“ des Wettrüstens und die Sehnsucht nach Frieden haben im Bewußtsein vieler Menschen, besonders vieler Jugendlicher, starke Reaktionen ausgelöst und diese Menschen zu gemeinsamen Aktionen geführt. Im Bewußtsein, daß „eine europäische oder weltweite atomare Katastrophe“ auch die Menschen „im neutralen Österreich nicht verschonen würde“⁸, hat all das auch in Österreich ein entsprechendes Echo und entsprechende Aktionen ausgelöst. Menschen aus verschiedenen Gruppierungen und Lagern, von den Kommunisten bis zur Katholischen Jugend, schlossen sich zu gemeinsamen Demonstrationen und anderen Aktionen zusammen. Zu diesem breiten Spektrum gehörten Basisbewegungen wie Ökologie-, Anti-Atomkraftwerk- und Dritte-Welt-Gruppen, Bürgerinitiativen, kirchliche Gruppierungen, kommunistische Gruppierungen verschiedener Ausprägung, Jugendorganisationen der Parteien, die österreichische Hochschülerschaft und Gewerkschaften⁹.

An Veranstaltungen sind besonders hervorzuheben: eine Friedensdemonstration und Sternmärsche mit ca. 50 000 Teilnehmern am 15. Mai 1982 in Wien, eine Friedensdemonstration mit ca. 70 000 Teilnehmern am 22. Oktober 1983 am Rathausplatz in Wien und eine Menschenkette von ca. 3000 Teilnehmern zwischen den Botschaften der USA und UdSSR am Vormittag des 22. Oktober in Wien. Dabei ist zu bemerken, daß die politische Gesamtausrichtung der Rathausplatzkundgebung vom 22. Oktober 1983 weniger ausgewogen war als die Veranstaltung vom 15. Mai 1982¹⁰. Dahinter standen Richtungskämpfe innerhalb der Friedensbewegung, vor allem Auseinandersetzungen darüber, welche Sprecher bei solchen Kundgebungen auftreten sollen und was der Inhalt der Erklärungen und Parolen sein solle. Die Richtung derer, die unter dem Namen „Österreichische Friedensbewegung“ auftraten, war von Anfang an von einer gewissen Einseitigkeit, Linkslastigkeit und überdurchschnittlichem Einfluß der Kommunisten¹¹ gekennzeichnet, eine Tendenz, die sich im Lauf der Zeit etwas verstärkte und zu einer Distanzierung nichtlinker, darunter auch katholischer, Gruppierungen von gewissen Aktionen führte.

Diese Einseitigkeit zeigte sich vor allem in der Stoßrichtung gegen die NATO-Nachrüstung mit den Pershing II und den Cruise Missiles und der Ausklammerung der sowjetischen SS-20-Raketen. Selbst in der Plattform für die Friedensdemonstration am 15. Mai 1982 ist bezüglich der SS-20-Raketen nicht mehr gelungen, als das ohnehin von der Sowjetunion proklamierte Moratorium zu fordern, während die NATO-Nachrüstung abgelehnt wurde. In dieser Plattform-Erklärung hieß es nämlich u. a.: „Als Bürger des neutralen Österreich sind wir von den

internationalen Entwicklungen betroffen und fordern deshalb: Keine weitere Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenraketen als erster Schritt zur Errichtung eines atomwaffenfreien Europas.“¹²

Immerhin hat man in dieser Plattform erreicht, eine „demokratische Lösung der gesellschaftlichen Konflikte in Polen unter Einschluß einer freien und unabhängigen Gewerkschaftsbewegung“¹³ zu fordern, wozu den beteiligten Kommunisten die Zustimmung nicht leichtgefallen sein dürfte. Ausgeklammert blieb aber nicht nur eine entsprechende Stoßrichtung gegen die sowjetischen SS-20-Raketen, sondern auch das Problem Afghanistan, Probleme, die von gewissen Gruppen immer wieder aufgeworfen wurden. Noch deutlicher als in der Plattform trat die Einseitigkeit der Stoßrichtung im sogenannten „Linzer Appell“ zutage, der eine Art „Krefelder Appell“ in Österreich sein sollte und am letzten Adventswochenende 1982 in Linz nach heftigen Diskussionen und nach zum Teil sehr undemokratischem „Erledigen“ von Einwänden gegenüber diesem Appell verabschiedet wurde¹⁴.

Bei solchen Friedensplena kam immer wieder die Strategie kommunistischer Gruppierungen zum Tragen, möglichst viele ihrer Anhänger zu solchen Veranstaltungen zu transportieren, um mit deren „Stimme“ ihre Interessen durchzubringen und eventuell durchzuboxen, während die andere Seite unterrepräsentiert war. Der Linzer Appell ist kurz und lautet: „Ich appelliere an die österreichische Bundesregierung, sich gegen die Stationierung von Pershing-2 und Cruise Missiles in Europa auszusprechen und gemeinsam mit anderen Staaten konkrete und wirksame Maßnahmen zur Verhinderung der Stationierung als ersten Schritt für ein atomwaffenfreies Europa zu treffen.“¹⁵ Seit seiner Verabschiedung im Dezember 1982 gilt dieser Linzer Appell als das zentrale Anliegen der „österreichischen Friedensbewegung“, wobei infolge der Kritik an der Einseitigkeit dieses Appells und der Distanzierung bestimmter Gruppen davon die Basis dieser Bewegung schmaler wurde und das Attribut „österreichisch“ noch einmal unter Führungszeichen zu setzen ist. In der Folge wurde mit starkem Einsatz für die Unterschrift unter diesen Appell geworben, ein Ziel, dem auch die bereits genannte Friedensdemonstration am Rathausplatz in Wien vom 22. Oktober 1983 in einem erheblichen Ausmaß diente.

Als faktisches Gegengewicht gegen die Einseitigkeit des Linzer Appells sind vor allem zwei Dokumente zu nennen: der Friedensappell der österreichischen Bischöfe vom April 1983, der noch zur Sprache kommen wird, und die „Erklärung der Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Friedensinitiativen zum ‚Linzer Appell‘ der ‚gesamtosterreichischen Friedensbewegung‘“ vom März 1983. In diesem zweiten Dokument hieß es: „Wir können keinen grundsätzlichen Unterschied erkennen zwischen Cruise Missiles und SS 20, zwischen Rüstungsdollars und Rüstungsrubel, ... zwischen einer eingesperrten britischen Pazifistin und einem eingesperrten sowjetischen Pazifisten. Der ‚Linzer Appell‘ aber macht einen

Unterschied.“¹⁶ Und an einer anderen Stelle dieses Dokuments ist zu lesen: „Deshalb erklären wir öffentlich: Wir sind gegen die NATO-,Nach‘rüstung. Aber wir können diesen ‚Linzer Appell‘ nicht unterzeichnen. Und wir sprechen ihm das Recht ab, für die gesamte österreichische Friedensbewegung zu sprechen. Genau besehen, spricht der ‚Linzer Appell‘ für *niemanden* in Österreich. Er vertritt, stillschweigend, die Interessen *einer* Weltmacht im weltpolitischen Poker.“¹⁷

3. Gegen die Abfangjäger

Nach dem Beginn der Stationierung der Mittelstreckenraketen in NATO-Ländern, also mit dem Faktum, daß die Friedensbewegung die seit 1979 geplante Nachrüstung nicht verhindern konnte, sind die Aktivitäten der westeuropäischen und auch der österreichischen Friedensbewegung abgeflaut. In Österreich begann die Friedensbewegung auseinanderzubröckeln. Man arbeitete weiter, aber ohne Massenbegleitung, man diskutierte und plante, wie es weitergehen sollte, denn auch in Österreich waren ja die Ziele der Friedensbewegung weit gesteckt. Forderte doch die Plattform für die Friedensdemonstration am 15. Mai 1982 neben dem schon erwähnten Protest gegen das Wettrüsten und gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen auch die weltweite Respektierung der von der UNO deklarierten Menschenrechte; eine umfassende Friedenserziehung in allen gesellschaftlichen Bereichen; keine Aufrüstung des österreichischen Bundesheeres, dafür Entwicklung von Formen der sozialen Verteidigung¹⁸. Dazu kam nun noch eine stärkere Akzentuierung der Problematik der Dritten Welt. Solche Programmpunkte bieten genug Raum für Arbeit, wobei sich konkrete Aktionen und Diskussionen an konkreten Anknüpfungspunkten entfalten.

Einen solchen Anknüpfungspunkt für breitere Diskussionen und Aktionen bot 1984 und besonders 1985 der von der österreichischen Regierung schon seit langem diskutierte, 1985 dann beschlossene Ankauf von Abfangjägern für das österreichische Bundesheer. Funktionäre und Fußvolk aus der Friedensbewegung trafen sich mit anderen in Diskussionen und teilweise auch bei Aktionen gegen den Ankauf der gebrauchten schwedischen SAAB-Draken, für die am 21. Mai 1985 der Kaufvertrag unterschrieben wurde. Die Motive der Gegnerschaft waren und sind dabei sehr unterschiedlich. Kommunisten sind gegen diese „Aufrüstung“ des österreichischen Bundesheeres, obwohl sie seltsamerweise die Rüstung der „friedliebenden“ Sowjetunion nicht stört. Befürworter einer Abschaffung des österreichischen Bundesheeres sind natürlich auch gegen die Abfangjäger. Andere sind gegen solche Überwachungsflugzeuge, weil sie ihnen bei der Geschwindigkeit moderner Flugzeuge und bei der Enge des österreichischen Luftraums etwa im Westen Österreichs wenig Chance einräumen, eine Luftraumverletzung aus entsprechender Nähe festzuhalten.

Wieder andere sind nicht gegen Abfangjäger an sich, sondern gegen diesen Typ und vor allem gegen das Alter dieser Flugzeuge mit der Behauptung, diese

„Schrott-Draken“¹⁹ würden eine größere Lärmbelästigung verursachen und ein größeres Sicherheitsrisiko bedeuten. Die Anrainer der geplanten Stationierungsorte, die sich hauptsächlich in der Steiermark befinden, zählen naturgemäß zu den besonderen Gegnern der Draken. So fand am 18. Mai 1985 in der Steiermark eine Anti-Abfangjäger-Demonstration mit ca. 10 000 Teilnehmern aus ganz Österreich statt. Die ÖVP, die als Oppositionspartei auf Bundesebene gegen diese Entscheidung der Bundesregierung auftritt, hat in ihren steirischen Landespolitikern besonders starke Kritiker der Drakenentscheidung. In der Steiermark wird derzeit (Sommer 1985) auch ein an sich überparteiliches Anti-Draken-Volksbegehren eingeleitet, das die steirische Volkspartei organisatorisch unterstützt.

Für eine gerechte Beurteilung des ganzen Fragenkomplexes müssen allerdings auch die Argumente der Befürworter der Drakenentscheidung beachtet werden, nämlich, daß die Vorwürfe der größeren Lärmbelästigung und des größeren Sicherheitsrisikos nicht stimmen, daß Österreich im Sinn seiner Neutralität verpflichtet ist, mit allen zu Gebot stehenden Mitteln auch seinen Luftraum zu verteidigen, daß die zu Gebot stehenden Mittel im Vergleich zu anderen neutralen Staaten, die mehr an Abfangjägern haben, beurteilt werden müssen und daß die Draken eben gerade das sind, was Österreich zugemutet werden kann.

Die Friedensdiskussion in der katholischen Kirche Österreichs.

„Als Christen, die sich für Frieden und Abrüstung einsetzen, sind wir schockiert von den Erklärungen der Österreichischen Bischofskonferenz zur Friedensproblematik vom 6. 11. 1981.“ Mit diesen Worten beginnt ein „Offener Brief an die Bischöfe Österreichs“, unterzeichnet von der Katholischen Hochschuljugend Salzburg, dem politischen Arbeitskreis der KHG und der Katholischen Hochschulgemeinde Salzburg. Die österreichischen Bischöfe hatten in einer kurzen Erklärung auch gesagt: „Die Friedensbewegung unserer Tage birgt großen Idealismus und zugleich mitunter auch Kurzsichtigkeit in sich und könnte in Gefahr sein, politisch mißbraucht zu werden.“²⁰ Solche und andere Passagen in der Erklärung, etwa die über die Ehrenhaftigkeit des soldatischen Dienstes, haben diese jungen Leute zum Zorn provoziert. Die Bischöfe haben in dieser Erklärung – das muß man objektiv sagen – zu sehr die Friedensbewegung und zu wenig den Rüstungswahnsinn kritisiert, womit nicht gesagt ist, daß die Bischöfe mit ihrer Erklärung nicht recht und die Verfasser des Protestbriefs in allem recht hätten. Der Ton des Protestbriefs ist allerdings nicht typisch für die Diskussion, die in der ersten Hälfte der achtziger Jahre in der katholischen Kirche Österreichs vornehmlich zwischen den verschiedenen in der Friedensbewegung engagierten Jugendfunktionären und Bischöfen, Militärgeistlichen, Funktionären der katholischen Aktion, einschließlich der Arbeitsgemeinschaft katholischer Soldaten, stattgefunden hat.

Ein Dokument solch spannungsgeladener, aber letztlich doch fruchtbarer Diskussion sind die „Hütteldorfer Thesen“, die auf einer von der Katholischen Aktion Österreichs im März 1980 veranstalteten Tagung über die Probleme der österreichischen Landesverteidigung, der Gewaltfreiheit und des Zivildienstes von den Teilnehmern formuliert wurden. In diesen Thesen, welche die Zustimmung sowohl der anwesenden zivildienstengagierten Vertreter der Katholischen Jugend wie auch der anwesenden Offiziere des Bundesheeres fanden, wurde der Grundsatz vertreten: „Gewaltfreie Konfliktregelung soweit irgend möglich, Vorsorge für nicht gewaltfreie Maßnahmen nur für den äußersten Notfall.“²¹ Positiv bewertet wurden nicht nur Vorkehrungen zur militärischen Landesverteidigung, sondern auch Formen der nichtmilitärischen Verteidigung Österreichs.

Einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung des Klimas und der Gesprächssituation zu den in der Friedensbewegung engagierten Katholiken leistete Kardinal Franz König, der ja als Vorsitzender der Österreichischen Bischofskonferenz an der oben zitierten „Erklärung der österreichischen Bischöfe zur Friedensproblematik“ mitgewirkt hatte, der aber nun seine Akzente änderte. In seiner Silvesteransprache 1981 sagte er: Dunkel sei der Horizont der Weltlage, das Unheil bedrohe die gesamte Menschheit. „Es gibt nur einen Weg: Die öffentliche Meinung im Westen und im Osten in Bewegung zu setzen, einen Druck auf die Politiker und Regierungen auszuüben, daß eine umfassende Abrüstung schnellstens im Interesse aller in Angriff genommen wird... Wenn heute junge Menschen... sich auflehnen, für den Frieden demonstrieren und protestieren..., so weisen sie entschieden in Richtung jener, die nicht den Tod, sondern das Leben, nicht die Vernichtung, sondern den Frieden suchen“, und das gilt auch dann, „wenn sie dabei vielleicht nicht energisch genug jene abschütteln, die sie für ihre Zwecke vereinnahmen wollen.“²² Einige Monate später brachte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ einen viel beachteten Artikel des Wiener Kardinals unter der Überschrift: „Es gibt keinen Atomkrieg“, in dem der Kardinal die Möglichkeit der Begrenzung eines Atomkriegs als höchst zweifelhaft bezeichnete und feststellte: „Sicherheit kann man nicht errüsten. Wir reden von Sicherheit und meinen unsere Sicherheit. Wir reden von Abrüstung und meinen die Abrüstung der anderen. Aber die Sicherheit ist immer auch die Sicherheit des anderen und die Abrüstung auch immer unsere eigene...“²³

In dieser Zeit der ersten Hälfte der achtziger Jahre wurde in der katholischen Kirche Österreichs das Friedensthema auf vielfache Art auf verschiedenen Tagungen und sonstigen Veranstaltungen diskutiert. Es ging bei solchen Diskussionen neben vielem anderen auch um den etwa von R. Schwager und H. Büchele²⁴ gemachten Vorschlag zu „kalkulierten Vorleistungen“ des Westens in der Abrüstungsfrage, also in einem gewissen Sinn um einseitige Abrüstung. Bei dem im Herbst 1983 mit einem Papstbesuch verbundenen österreichischen Katholikentag war natürlich der Friede eines der wichtigsten Themen.

Ein bereits erwähntes Dokument, das die Einseitigkeit zu vermeiden sucht, muß noch einmal eigens genannt werden: der Friedensappell der österreichischen Bischöfe vom April 1983, der nur ein Appell ist und nicht ein Hirtenbrief im Ausmaß etwa des Hirtenbriefs der deutschen oder der US-Bischöfe. Der Bischofsappell betonte die besondere Dringlichkeit des Abbaus der Mittelstreckenraketen, er forderte aber den Verzicht auf alle diese Raketen, seien sie geplant oder schon aufgestellt, und er richtete diese Forderung an beide Machtblöcke. Die Bischöfe riefen dabei dazu auf, „sich der Einsicht nicht länger zu verschließen, daß die Vermeidung einer nuklearen Menschheitskatastrophe ein vorrangiges Interesse aller Völker und Staaten ist, ungeachtet gesellschaftlicher Unterschiede, gegensätzlicher Interessen und geistiger Auseinandersetzungen.“²⁵ Die Zustimmungsresonanz des Appells war in Österreich qualitativ und quantitativ beachtlich.

An der atomaren Friedensbedrohung hat allerdings auch dieser Appell kaum etwas geändert. Das gilt leider auch für die gesamte Friedendiskussion nicht nur in Österreich. So bleibt die Hoffnung auf die Langzeitwirkung eines geduldigen Friedensdialogs auf breiter Basis, vor allem unter den Hauptverantwortlichen.

ANMERKUNGEN

- ¹ W. Bukowski, Pazifisten gegen den Frieden. Friedensbewegung und Sowjetunion (Bern 1983) 36f.
- ² A. Maislinger, „Neue“ Österreichische Friedensbewegung(en), in: Österr. Jb. f. Politik '83, hrsg. v. A. Khol u. A. Stirnemann (München 1984) 635–651, 641.
- ³ H. Behrens, P. Noack, Theorien der internationalen Politik (München 1984) 156.
- ⁴ K. Hörmann, Die Anfänge des Institutes für Friedensforschung, in: Wiener Blätter zur Friedensforschung, Nr. 1 (1974) 2f. ⁵ G. Mader, Ein erster Schritt, in: dialog 1 (1984) 7f.
- ⁶ V. Zsifkovits, Perspektiven der Friedensbewegung, in: Theol. prakt. Quartalschr. 132 (1984) 76–88, 86.
- ⁷ IFES-Umfrage: Friedensbewegung in Österreich, in: Pressegespräche mit dem Bundesminister für Landesverteidigung, Dr. F. Frischenschlager, zum Thema Friede-Jugend-Bundesheer, 9. 8. 1983, Presseunterlagen 5–10, 9.
- ⁸ So die Plattform für die Friedensdemonstration am 15. Mai 1982 in Wien, zit. nach: H. Schneider, Zur Entwicklung der Friedensbewegung in Österreich, in: Österr. Jb. f. Politik '83, a. a. O. 571–611, Beil. I 600.
- ⁹ Vgl. auch: Widerstand gegen Krieg und Militarismus in Österreich und anderswo (Wien 1982) 68f.
- ¹⁰ Schneider, a. a. O. 597. ¹¹ Maislinger, a. a. O. 639. ¹² Schneider, a. a. O. 600. ¹³ Ebd.
- ¹⁴ A. Maislinger, Friedensbewegung: So nicht!, in: Zukunft. Sozialistische Zschr. f. Politik, Wirtschaft und Kultur, H. 2 (Febr. 1983) 42.
- ¹⁵ Schneider, a. a. O. Beil. III 602. ¹⁶ Ebd. Beil. IV 603–607, 604. ¹⁷ Ebd. 606. ¹⁸ Ebd. Beilage I 600.
- ¹⁹ So C. Cortolezis, der Zustellungsbevollmächtigte des in der Steiermark gestarteten „Anti-Draken-Volksbegehrens“, vgl. ders., Mit den Schrott-Draken dem Bundesheer einen schlechten Dienst erwiesen, in: Österr. Monatshefte, hrsg. v. d. Bundesparteiorganisation d. ÖVP 41 (1985) H. 4, 37f.
- ²⁰ Erklärung der österr. Bischöfe zur Friedensproblematik, in: Präsent, Nr. 46 (12. 11. 1981) 6.
- ²¹ H. Schneider, Erfordernisse des Friedens (Wien 1982) Anh. I, 44–47, 45. ²² Ebd. 8.
- ²³ Schneider, Zur Entwicklung der Friedensbewegung 581.
- ²⁴ H. Büchele, Rüstungswettlauf als Selbstmordprogramm und die Initiative der Gewaltfreiheit, und: R. Schwager, Der Heilige Stuhl und die Abrüstung, in: Der Vatikan zur Rüstung. Ein Weg aus der Gefahr der Selbstvernichtung der Völker, hrsg. v. d. Kath. Sozialakademie Österreichs (Wien 1979) 7–30, 48–70.
- ²⁵ Friedensappell der österr. Bischöfe, in: Bischöfe zum Frieden, hrsg. v. Sekretariat der Dt. Bischofskonferenz (Bonn 1983) 186.